

Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 35'881
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2
Fläche: 209'339 mm²

Auftrag: 1077523
Themen-Nr.: 999.084

Referenz: 76001188
Ausschnitt Seite: 1/5

Patienten mussten gegen ihren Willen Medikamente testen

Psychiatrie Zwischen 1950 und 1970 wurden in der damaligen Waldau mindestens 33 noch nicht zugelassene Medikamente an Patienten verabreicht. Das zeigt eine neue Studie der Ärztin Julia Manser-Egli. SP-Grossrätin Ursula Marti fordert nun eine komplette Aufarbeitung.

Marius Aschwanden

Klarer kann man es kaum formulieren. «Die Patientin ist voller Widerstand gegen diese Kur», steht in der Krankenakte von H.A.*, einer jungen Frau, die im September 1969 in die damalige Psychiatrische Universitätsklinik Waldau eingewiesen wurde. Verdacht auf Schizophrenie lautete die Begründung.

Von Beginn an weigerte sich die 27-Jährige, Medikamente zu nehmen. Trotzdem wurden ihr solche injiziert. Largactil, Quilolum, Bellergal, Haloperidol – keines brachte die gewünschte Wirkung. Also setzte der zuständige Arzt irgendwann auf ein Präparat mit dem Namen HF 1854. «Zuerst grosser Widerstand, Suiziddrohungen», steht in der Akte, «dann Beruhigung, nachdem sie von Prof. Heimann den Ratschlag erhielt, die von uns verordneten Medikamente zu nehmen.»

H.A. ist eine jener Patientinnen und Patienten, an welchen in den 1950er- und 1960er-Jahren in der Waldau neue Wirkstoffe getestet wurden. Vermutlich ohne Einwilligung und teilweise unter Zwang. Erstmals wurde dieses dunkle Kapitel Berner Psychiatriegeschichte nun in einer Studie untersucht. Die Ärztin Julia Manser-Egli durchforschte für ihre Dissertation das Archiv der heutigen Universitären Psychiatrischen Dienste Bern und analysierte 531 Patientenakten, darunter auch jene von H.A.

In 47 Fällen fand sie klare Hinweise darauf, dass noch nicht zugelassene Medikamente verabreicht worden sind. 33 verschie-

dene Präparate. Sie stammten von Basler Pharmafirmen wie J.R. Geigy, Wander oder Hoffmann-La Roche. Manche dieser Stoffe wurden später offiziell zugelassen, andere schafften es nie über die Versuchsphase hinaus.

Teil des Alltags

«Als Anfang der 1950er-Jahre die ersten Medikamente gegen psychische Krankheiten auf den Markt kamen, war die Nachfrage nach weiteren ähnlichen oder gar besser wirkenden Präparaten gross», sagt Manser-Egli. Deshalb entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit zwischen der Pharmaindustrie und den psychiatrischen Kliniken. «Die Firmen gaben die Präparate gratis ab, die Kliniken versorgten die Unternehmen mit Erfahrungsberichten», so die Ärztin.

Zudem seien die Alternativen beschränkt gewesen. Wenn weder ein zugelassenes Medikament noch ein Testpräparat geholfen hätten, seien häufig nur noch Elektroschock, Insulin- oder Schlafkuren übrig geblieben. «Diese Therapien waren aber gefährlich und umstritten.»

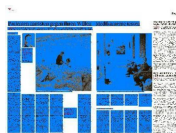
Wie viele Präparate in Bern insgesamt getestet worden sind, kann die Ärztin aufgrund ihrer Studie nicht sagen. «Dafür ist die Stichprobe zu klein.» Manser-Egli geht aber davon aus, dass es weit mehr gewesen sein müssen als die 33 identifizierten Testmedikamente. Denn: «Es handelte sich klar nicht um Einzelfälle. Die Prüfstoffe waren Teil des Klinikalltags.» Es sei nicht wirklich

zwischen Medikamenten und noch nicht zugelassenen Stoffen unterschieden worden. «Das hängt auch damit zusammen, dass man über die zugelassenen Psychopharmaka noch nicht sehr viel wusste», so Manser-Egli.

Mehr Frauen als Männer

Nicht nur in der Waldau wurde in den 1950er- und 1960er-Jahren mit noch nicht zugelassenen Stoffen gearbeitet. Auch in Münsingen gibt es Belege für solche Versuche. In Basel, Zürich, Hertsau, St. Urban, Genf oder Lausanne ebenso. Und natürlich in Münsterlingen. Dort war der Oberarzt und spätere Klinikdirektor Roland Kuhn besonders umtriebig. Bis 1980 testete er mindestens 67 Substanzen an über 3000 Patienten, wie eine ebenfalls kürzlich erschienene Studie eines Historikerteams der Universität Zürich zeigte. Kuhn erhielt dafür von den Pharmaunternehmen einen Betrag, der heute rund acht Millionen Franken entsprechen würde.

Ob auch in Bern ein solches Ausmass denkbar ist, weiss Manser-Egli nicht. «Münsterlingen ist aufgrund der Figur von Roland Kuhn ein Spezialfall. In Bern ist bis jetzt noch nicht bekannt, welche Ärzte in der Forschung die treibenden Kräfte gewesen sind», sagt sie. Gemäss ihrer Forschung waren in der Psychiatrischen Uniklinik aber an rund 9 Prozent der Patientinnen mit Schizophrenien und Depressionen Präparate getestet worden. Aus ähnlichen Untersuchungen aus Basel und Zürich sind glei-



Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
https://www.bernerzeitung.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 35'881
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2
Fläche: 209'339 mm²

Auftrag: 1077523
Themen-Nr.: 999.084

Referenz: 76001188
Ausschnitt Seite: 2/5

che Anteilswerte bekannt.

Versuchspräparate seien vor allem dann zur Anwendung gekommen, wenn andere medikamentöse Therapieoptionen ausgeschöpft waren. Besonders häufig betroffen waren Frauen und chronisch kranke Personen. «Bezüglich der sozialen Stellung konnte ich jedoch keine Auffälligkeiten sehen», so Manser-Egli.

Viele Nebenwirkungen

Für die Patienten hatten die Versuche unterschiedliche Folgen. Manche litten unter Nebenwirkungen, andere konnten dank der Präparate entlassen werden. «Die Krankenakten deuten darauf hin, dass man auf den Zustand der Patientinnen in vielen Fällen Rücksicht genommen hat», sagt Manser-Egli. Traten zu starke Nebenwirkungen auf, wurden die Tests abgebrochen. «Man muss wissen, dass auch die zugelassenen Medikamente Nebenwirkungen hatten.»

Die Ärztin fand jedoch auch verschiedene Fälle, in welchen keine Rücksicht genommen worden ist. So wurde etwa einer Patientin das Präparat nach wie vor verabreicht, obschon sie über Sehverlust klagte.

Manche Patienten in anderen psychiatrischen Kliniken traf es noch härter. In Münsterlingen starben laut der dortigen Studie 36 Personen während oder kurz nach Verabreichung der Prüfsubstanzen. Und auch in Münsingen kam es zu einem Todesfall. Unklar ist allerdings, ob die Patientinnen allein aufgrund der klinischen Versuche gestorben sind oder ob eine andere Ursache zum Tod führte.

Behörden wussten Bescheid

Die Patienten dürften jeweils kaum gewusst haben, dass sie an einem Versuch teilnehmen. «Klar ist, dass es in der Waldau anders als bei körperlichen Therapien keine schriftliche Einwilligung gegeben hat», sagt Manser-Egli. Aufgrund der untersuchten Krankenakten könne sie aber nicht ausschliessen, dass die Betroffenen mündlich informiert

«Zuerst grosser Widerstand, Suizidrohungen, dann Beruhigung.»

Aus der Patientenakte von H. A.

worden seien. «Systematisch gemacht wurde das aber ziemlich sicher nicht.»

Sowieso hätten die Patientinnen zu jener Zeit kaum Rechte gehabt. «Es herrschte ein sehr paternalistisches Arzt-Patienten-Verhältnis. In der Psychiatrie wurde das durch die häufig fehlende Urteilsunfähigkeit der Eingewiesenen noch verstärkt.» Wollten die Betroffenen also ein Testpräparat nicht einnehmen, redete man ihnen gut zu. «Weigerten sie sich nach wie vor, wurde es ihnen oftmals injiziert.»

Die Versuche seien aber keineswegs verheimlicht worden. Es sei auch anzunehmen, dass die Berner Behörden davon gewusst haben. «Schliesslich waren damals die Kantone für die Zulassung von neuen Medikamenten zuständig.» Praxistests seien zwar vorausgesetzt worden, jedoch ohne Gesetze oder Richtlinien vorzugeben, wie diese durchgeführt werden sollen. «Die Versuche bewegten sich somit in einem Graubereich.»

H. A. wehrte sich vergeblich

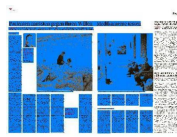
Für Manser-Egli ist ihre Dissertation nur ein erster Schritt bei der Aufarbeitung dieses Themas. «Erst eine grössere Stichprobe sowie der Einbezug aller psychiatrischen Kliniken im Kanton Bern kann ein klareres Bild der damaligen Situation zeigen», sagt sie. Auch die Kinderpsychiatrische Klinik Neuhaus sollte miteinbezogen werden, um zu überprüfen, ob es auch Versuche mit Kindern und Jugendlichen gegeben hat. «Mir geht es keinesfalls um eine Schuldzuweisung, sondern um einen offenen Umgang mit der Vergangenheit», sagt Manser-Egli. Noch besser fände sie eine national koordinierte Aufarbeitung des Themas.

Die junge Frau H. A., die Ende 1969 an einem Medikamententest teilnehmen musste, konnte noch im selben Jahr die Klinik verlassen. 1974 wandte sie sich dann in einem Brief an die Firma Wander AG, die das Präparat HF 1854 hergestellt hatte, das ihr verabreicht worden war. Sie habe «gegen ihren Willen» an dem Versuch teilnehmen müssen, bis jetzt aber keine Entschädigung dafür erhalten, schreibt H. A. Dann zählt sie die bei ihr aufgetretenen Nebenwirkungen auf:

Übergewicht, Haarausfall, Periodenverschiebung, Sehstörungen, Hörstörungen, Sprechstörungen, Störungen im ganzen Hormonhaushalt, Stoffwechsellstörungen.

Das medizinische Büro der Firma Wander AG befand, dass der Brief krankheitsbedingt entstanden sei. Und mass ihm keine weitere Bedeutung bei.

* Initialen geändert



Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 35'881
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

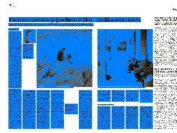
Seite: 2
Fläche: 209'339 mm²

Auftrag: 1077523
Themen-Nr.: 999.084

Referenz: 76001188
Ausschnitt Seite: 3/5



Eine Pflegerin füttert in der früheren Waldau eine Patientin. Aufgenommen wurde das Bild 1944.



Hauptausgabe

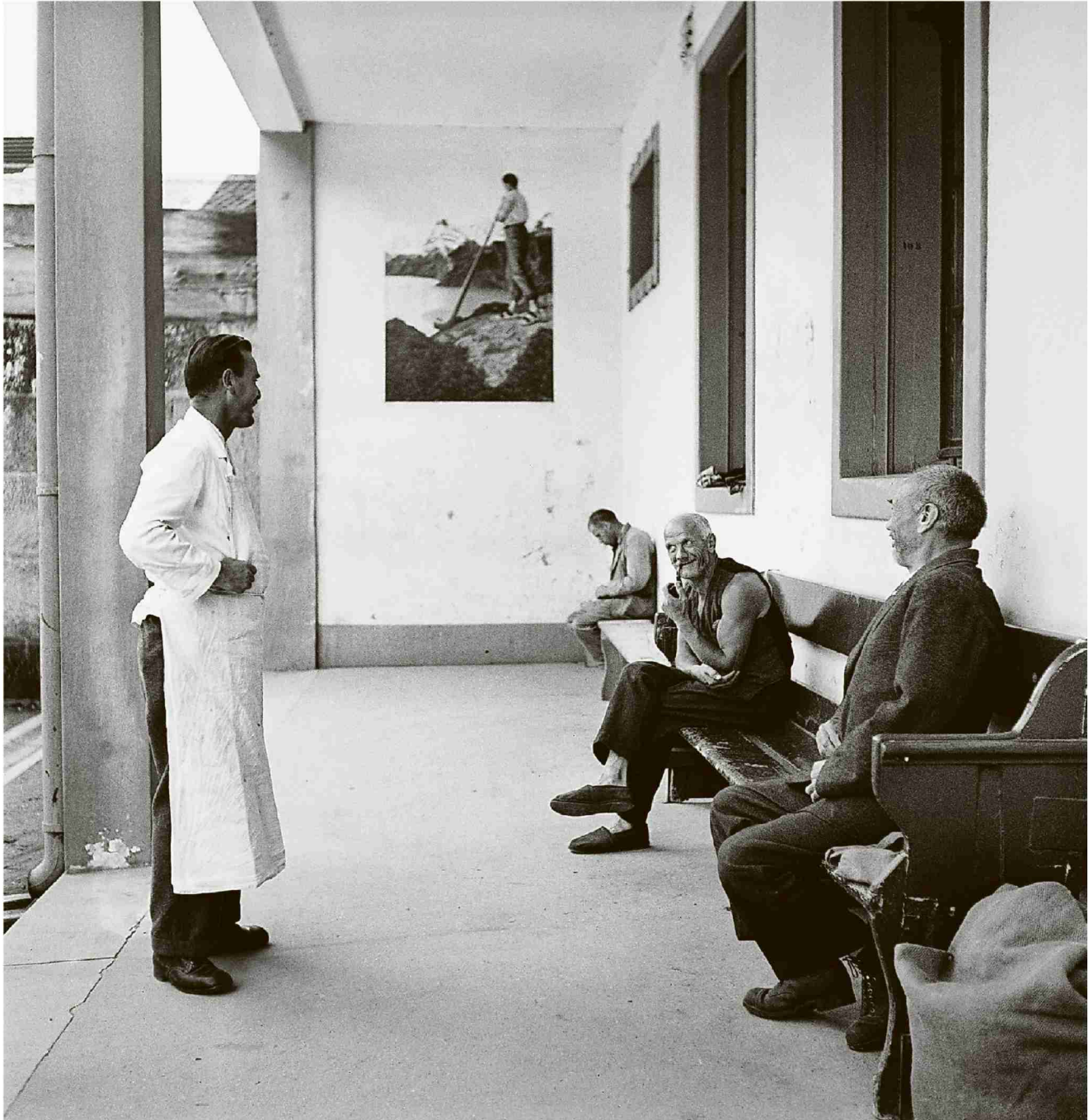
Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 35'881
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

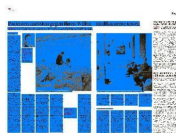
Seite: 2
Fläche: 209'339 mm²

Auftrag: 1077523
Themen-Nr.: 999.084

Referenz: 76001188
Ausschnitt Seite: 4/5



In der Waldau fanden im letzten Jahrhundert Medikamentenversuche statt. Das Bild stammt ebenfalls von 1944. Fotos: Keystone



Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 35'881
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 2
Fläche: 209'339 mm²

Auftrag: 1077523
Themen-Nr.: 999.084

Referenz: 76001188
Ausschnitt Seite: 5/5



«Es handelte sich klar nicht um Einzelfälle. Die Prüfstoffe waren Teil des Klinikalltags.»

Julia Manser-Egli
Ärztin und Studienautorin

Kanton will keine weitere Aufarbeitung

Mindestens 33 noch nicht zugelassene Präparate wurden in den 1950er- und 1960er-Jahren in der damaligen Universitären Psychiatrischen Klinik Waldau an Patientinnen und Patienten getestet. Erstmals wurde dieses dunkle Kapitel in einer Dissertation untersucht (siehe Haupttext). Ein komplettes Bild der Versuche liegt mit der aktuellen Studie aber noch nicht vor. Trotzdem sieht die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) von SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg keinen Bedarf für weitere Abklärungen.

«In verschiedenen Kantonen wurden bereits Studien zu den Medikamentenversuchen in den jeweiligen psychiatrischen Kliniken

in Auftrag gegeben. Die Resultate sind stets ähnlich», sagt Kantonsapotheker Samuel Steiner. Deshalb sei es nicht notwendig, dass nun auch noch Bern Geld für eine weitere solche Studie ausbe. «Sinnvoller wäre ein national

koordiniertes Vorgehen, beispielsweise ähnlich wie bei den fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen», so Steiner.

Ursula Marti, SP-Grossrätin, kann diese Haltung nur teilweise nachvollziehen. Sie setzte sich schon vor zwei Jahren für eine komplette Aufarbeitung innerhalb des Kantons Bern ein. Damals nahm das Parlament ihren Vorstoss als Postulat an. Auch Schnegg befürwortete das. Er wollte aber zuerst die Resultate der Dissertation abwarten, bevor über das weitere Vorgehen entschieden werden sollte.

Marti fände eine nationale Aufarbeitung ebenfalls sinnvoll. Da momentan aber keine solche geplant sei, müsse der Kanton die Verantwortung übernehmen. Sie anerkennt zwar, dass es sich damals um eine andere Zeit gehandelt habe und die Ärzte es «gut gemeint» hätten. Trotzdem sei den Patienten Unrecht getan worden. «Wir sind ihnen eine

Aufarbeitung schuldig.» Andere Kantone würden mit gutem Beispiel vorangehen.

Im Falle der psychiatrischen Klinik Münsterlingen hat sich die Regierung des Kantons Thurgau beispielsweise bei allen über 3000 Patientinnen und Patienten entschuldigt, die an den Versuchen teilnehmen mussten. Zudem will sie die geplante Gedenkstätte für die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen erweitern und dort auch den Betroffenen der Medikamententests die Ehre erweisen. Insgesamt gab der Kanton Thurgau 750 000 Franken für das entsprechende Forschungsprojekt aus.

Marti will nun erneut einen Vorstoss einreichen, um auch die Berner GSI dazu zu verpflichten, eine umfassende Studie in Auftrag zu geben. Schliesslich sei es auch für den Kanton selbst wichtig, dass er seine eigene Medizingeschichte kenne. (mab)